



## Stadt Östringen

### **Gemeinsame Stellungnahme des Bürgermeisters sowie der Sprecher der Fraktionen und Gruppen des Gemeinderats zum Haushalt 2023**

*(es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit der Verabschiedung des Haushalts 2023 reden wir heute im Wesentlichen über Finanzpolitik - das ist bekanntlich die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

Manfred Rommel spielte damit auf das Ringen zwischen Verwaltungsspitze und politischem Gremium während der Haushaltsberatungen an. Dieses Zitat bringt aber auch das stetig wachsende Dilemma von Städten und Gemeinden auf den Punkt, die heutzutage einen Euro haben und zwei ausgeben sollen. Wenn wir nach Berlin und Stuttgart schauen, dann stellt man mit Erschrecken fest, wie dort nicht durchfinanzierte Pflichtaufgaben nach Weisung als Rechtsanspruch niedergeschrieben werden und gegen Dritte, nämlich uns, wirken.

Bevor wir auf die Einzelheiten des Haushaltsplans eingehen, möchten wir die konstruktive Zusammenarbeit hervorheben, aufgrund derer wir uns in diesem Jahr ein weiteres Mal auf eine zwischen Gemeinderat und Bürgermeister abgestimmte gemeinsame Stellungnahme zur Verabschiedung des kommunalen Etats verständigt haben.

Zu Beginn möchten wir die Rahmendaten dieses Haushalts ins Feld führen. Die Ergebnisplanung schließt 2023 mit einem Jahresverlust i.H.v. 370.800 Euro, resultierend aus Erträgen von 35.709.600 Euro und Aufwendungen von 36.080.400 Euro.

Die Einnahmenseite verzeichnet im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von rund 2 Mio. Euro, und dies trotz sinkender Gewerbesteuererinnahmen. Seitens der Steuerschätzer werden weitere Steigerungen bei den Einkommensteueranteilen und den Schlüsselzuweisungen vorausgesagt. Auch die Sachkostenbeiträge für die Schulen nehmen zu, die Entwicklung bei den Zuweisungen für Kindergärten ist seitens des Landes noch nicht kommuniziert.

Höhere Aufwendungen werden bei der FAG-Umlage und der Kreisumlage erwartet, zu deren Berechnung das in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Jahr 2021 herangezogen wird. Dabei steigen die Kreisumlage im Vergleich zum Jahr 2022 um 280.000 Euro und die FAG-Umlage um 225.000 Euro.

Weiter ansteigend sind die Personalaufwendungen, die sich mittlerweile auf 8,275 Mio. Euro belaufen. Nach den maßvollen Lohn- und Gehaltsabschlüssen der zurückliegenden Jahre ist es derzeit noch nicht absehbar, auf welches Ergebnis sich die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes in der aktuellen Tarifrunde verständigen werden - die weitere Entwicklung werden wir jedenfalls aufmerksam verfolgen, denn sie wirkt sich unmittelbar auch auf unsere kommunale Finanzwirtschaft aus.

Östringen ist seit jeher eine Stadt mit einem breit aufgestellten Angebot an leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen für die Bevölkerung. Wir reden hier nicht nur über Verwaltung im engeren Sinne oder über einen Bauhof mit den für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir reden insbesondere über eine ganze Reihe zusätzlicher Einrichtungen, die vom Gesetzgeber als „freiwillige Leistungen“ gesehen werden, aber wie beispielsweise die Stadtbücherei, die Musik- und Kunstschule oder die Bäder einfach zur Grundausrüstung eines Gemeinwesens unserer Größenordnung gehören und als wichtige Standortfaktoren für Östringen zu sehen sind. Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass freiwillige Leistungen von Kommunen angeboten werden dürfen, wenn die Pflichtaufgaben erfüllt sind. Dies zeigt, dass durch das Erweitern der Pflichtaufgaben durch Bund und Land ohne auskömmliche Finanzierung letztlich das Gemeinwesen auf der Strecke bleibt.

Unmittelbar durch die Personalkosten beeinflusst sind auch die Ausgaben für die örtliche Kleinkindbetreuung. Obwohl für 2023 keine neuen Kindergartengruppen geplant sind, steigen die Betriebskostenzuschüsse für die Träger der Einrichtungen um 500.000 Euro auf insgesamt 6,1 Mio. Euro.

Der Ukraine Konflikt stellt uns nicht nur ein weiteres Mal vor die Herausforderung, geflüchtete Menschen gut in Östringen unterzubringen und eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Auch die Themen Energie und Klima rückten mit Kriegsbeginn endgültig in den Fokus.

Die Energiepreise explodierten in den zurückliegenden Monaten förmlich und werden derzeit durch staatliche Maßnahmen „gedeckelt“. Doch diese Deckelung werden enden, da diese Politik nicht auf Dauer zu finanzieren ist – eigentlich ist sie es jetzt schon nicht. Es bleibt zu hoffen, dass uns ein böses Erwachen erspart bleibt. Im Sinne des Leitsatzes, dass die billigste Energie die ist, die nicht verbraucht wird, kommt es uns sehr zu Gute, dass wir uns bezüglich der städtischen Liegenschaften bereits früh auf den Weg der energetischen Sanierung gemacht haben. Die zweitbilligste Energie ist übrigens die, die man selbst erzeugt. Und so werden wir uns weiterhin ergebnisoffen mit den Möglichkeiten der regenerativen Energiegewinnung auf der Östringer Gemarkung auseinandersetzen.

Für diese Erkenntnisse hätte es den Krieg allerdings nicht gebraucht - zumindest gilt das für Östringen.

Der Finanzhaushalt umfasst Auszahlungen für Investitionen von 7,024 Mio. Euro und Einzahlungen von 5,534 Mio. Euro. Das Volumen des Investitionshaushalts beträgt somit im Haushaltsjahr 2023 1,490 Mio. Euro.

In diesem Jahr werden einige bedeutende Maßnahmen zu Ende gebracht, beispielsweise die Sanierung von Unterer Klosterstraße und Schulstraße oder der Mehrgenerationenplatz in der Leo-Fall-Straße. Nach 14 Jahren wird das Sanierungsgebiet Odenheim II schlussgerechnet, mit dem viele städtebauliche Missstände behoben werden konnten.

Mit dem Abschluss dieser Projekte stehen die nächsten Investitionen in die Zukunft an. Zeitnah soll die Sanierung der Carl-Dänzer-Schule begonnen werden, insbesondere auch in Hinblick auf die angesprochenen notwendigen Energieeinsparungen.

Der Kernort soll sich durch das neue Sanierungsgebiet Östringen V „Vom Bürgerpark zur Neuen Mitte“ nachhaltig verändern. Wir hoffen alle auf die Aufnahme in die Sanierungsförderung des Landes, damit der Neubau des Schul- und Bibliotheksgebäudes, die Umgestaltung der Freiflächen rund um das Schulzentrum und nicht zuletzt die Entwicklung der „Neuen Mitte Östringen“ am Kirchberg in Angriff genommen werden können.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Stadtentwicklung ist die Realisierung des Neubaugebiets Dinkelberg IV und die Fortsetzung der Planungen zum Baugebiet Klotzacker. Beide Vorhaben stellen große Herausforderungen dar, da die umwelt- und planungsrechtlichen Vorgaben mit der Entwicklung der Projekte nicht nur Schritt halten, sondern exponentiell zunehmen, und die Projekte letztendlich immer weiter verzögern. Insbesondere für das Projekt Dinkelberg IV sind wir uns sehr bewusst, dass dies für alle Betroffenen eine erhebliche Belastung darstellt. Diese Verzögerungen sind zu einem erheblichen Teil in den Vorgaben von Bund und Land begründet, wo gleichzeitig mit Krokodilstränen festgestellt wird, dass die Neubauziele von Wohnungen nicht eingehalten werden können.

Mit den weiteren Planungsschritten und der Vergabe eines energetischen Konzeptes für den Geschosswohnungsbau bekennen wir uns weiterhin klar zur Umsetzung von Dinkelberg IV und gehen davon aus, dass zum Ende des Jahres die Ausschreibungen für die Erschließung des Gebiets erfolgen werden.

Anhand der Entwicklung der städtischen Darlehen in den letzten Jahren ist zu erkennen, dass der Haushalt nicht in der Lage war, aus dem laufenden Betrieb sämtliche erforderlichen Mittel für die umgesetzten Investitionen zu erwirtschaften. Die fehlenden Finanzmittel wurden durch Kreditaufnahmen ausgeglichen, so dass der Darlehensbestand zum Jahresende 2022 16,4 Mio. Euro beträgt. Allerdings sind die Konditionen der zuletzt aufgenommenen Darlehen langfristig gesichert, in den Jahren 2023 und 2024 laufen ältere Darlehen mit ungünstigen Konditionen aus. Es ist anzustreben, diese Kredite nicht umzuschulden, sondern durch Einnahmen aus den Grundstücksgeschäften abzubauen.

Eine weitere Finanzierung von Investitionen mit Krediten ist unter den aktuellen Voraussetzungen nicht vertretbar, trotzdem soll das für die Stadtentwicklung vordringliche Projekt „Neue Mitte“, sowie die Schulsanierung in Odenheim und der Neubau und die Umgestaltung des Schulzentrums Östringen mit den vorhandenen Mitteln geschafft werden. Ob die vielen weiteren Projekte wie die Sanierung der Bäder oder die Erweiterung des Schulsportparks umgesetzt werden können, hängt erheblich von den weiteren Entwicklungen der Kommunalfinanzen ab.

An dieser Stelle erlauben wir uns einen kurzen Einblick in die Plandaten der Eigenbetriebe.

Bei der Wasserversorgung mit dem weiteren Betriebszweig Nahwärme stehen in diesem Wirtschaftsjahr keine großen Investitionen an.

Derzeit steht die Verwaltung mit vielen Nahwärmeinteressenten in Kontakt, um weitere Anschlüsse im Kernort zu realisieren. Die derzeitigen Entwicklungen des Energiemarkts zeigen, dass die Investition in ein Nahwärmenetz in einem bestehenden Ortskern die richtige Entscheidung war. Erfreulich ist, dass die Zuschüsse für das Wärmenetz bewilligt sind, auch

wenn eine Ausführung zum Zuschussverfahren des zuständigen Bundesamtes den Rahmen dieser Haushaltsrede sprengen würde. Mit dem neuen Sanierungsgebiet ist auch der weitere Netzausbau in Richtung Stadthalle geplant.

Im Bereich der Wasserversorgung ist mit einer Gebührenerhöhung auf 1,79 Euro/m<sup>3</sup> zu rechnen. Da in den nächsten Jahren der Wasserversorgungsverband eine zweite Hauptleitung zur Stärkung der Versorgungssicherheit baut, werden die Verbandsumlagen und damit die Gebühren weiter steigen. Wir können uns jedoch glücklich schätzen, dass wir unser Wasser aus der Rheinebene beziehen, einem der größten Trinkwassergebiete Deutschlands.

Im Abwasserbereich wird der Zusammenschluss mit dem Abwasserzweckverband Kraichbachniederung weiter vorangetrieben. Die Planungen zum Bau der Abwasserleitung nach Kronau und der dortigen Erweiterung der Kläranlage sind im vollen Gange. Gleichzeitig wurde die Anlage in Östringen soweit ertüchtigt, dass sie den aktuellen Betrieb gewährleistet und künftig als Pumpwerk für den Abwasserverband dienen kann. Die Abwasserbehandlung ist ein sehr energieintensiver Prozess, daher müssen die Gebühren auf 3,10 Euro/m<sup>3</sup> Schmutzwasser und auf 0,45 Euro/m<sup>2</sup> Niederschlagsfläche erhöht werden. Es zeigt sich immer deutlicher, dass solch kleine Anlagen wie Odenheim und Östringen nicht zukunftsfähig sind. Investitionen zur Einhaltung immer strengerer Abwasserwerte, das Vorhalten von Personal an 365 Tagen im Jahr und die - aufgrund der zu geringen anfallenden Mengen - unrentable Klärschlammverwertung machen einen wirtschaftlichen Betrieb nahezu unmöglich. Auch für die Kläranlage Odenheim müssen künftig die Möglichkeiten eines Anschlusses an eine große Anlage geprüft werden.

Zur weiteren Entwicklung des Städtischen Haushalts und der Eigenbetriebe ist die Tatsache maßgeblich, dass trotz des Krieges in der Ukraine, dessen Ende derzeit nicht absehbar ist, seitens der Regierung von einem weiteren - wenn auch geringen - Wirtschaftswachstum ausgegangen wird. Durch die so erstellten Prognosen der Steuerschätzer ergibt sich eine stabile Einnahmesituation bei den Kommunen.

Bis zum Jahr 2026 wird in der mittelfristigen Finanzplanung daher mit gleichbleibenden Einkommensteueranteilen und FAG-Umlagen geplant. Die Gewerbesteuer wird dagegen seitens der Kommune zurückhaltend veranschlagt. Sollten sich entgegen den Erwartungen Mehreinnahmen einstellen und Steuereinnahmen wie vor der Pandemie erzielt werden, ist mit einer weiteren Erholung der Östringer Haushaltslage zu rechnen. Auch ohne steigende Gewerbesteuerereinnahmen werden nur noch geringe Jahresverluste erwartet, die sich im Rahmen der zu erwirtschaftenden Abschreibungen bewegen.

Die größten Risiken liegen, neben einer stets drohenden Rezession aufgrund der Energie- und Rohstofflage, in den weiterhin ansteigenden Personalkosten und in der Entwicklung der Kreisumlage in Verbindung mit den steigenden ÖPNV-Kosten.

Zudem müssen die geplanten Einnahmen aus der Umsetzung des Baugebiets Dinkelberg IV realisiert werden, die zur Finanzierung des Haushalts veranschlagt wurden.

Das in den zurückliegenden Jahren Erreichte und die nun von Gemeinderat und Verwaltung kurz- und mittelfristig in den Blick genommenen Projekte und Vorhaben wären schon in „normalen“ Zeiten durchaus vorzeigbar und belegen das gemeinsame Bemühen um eine nachhaltige Stadtentwicklung. Nun waren die Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahren allerdings wohl an keinem einzigen Tag auch nur ansatzweise „normal“.

So haben eine immer noch nicht abschließend überwundene Pandemie sowie insbesondere auch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine die Verwaltung an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit geführt, phasenweise sogar darüber hinaus. Auch in der kommunalen Finanzwirtschaft haben die sich überlappenden Krisen deutlichen Spuren - wenn nicht sogar Furchen - hinterlassen. Eines scheint jedenfalls gewiss - wir werden es bis auf weiteres mit äußeren Faktoren und Rahmenbedingungen zu tun haben, die eine verlässlich planbare und umsetzbare Stadtentwicklung außerordentlich erschweren. Und die Vergangenheit hat uns teilweise schmerzlich aufgezeigt, dass auch in Zukunft Fragestellungen auf uns zukommen werden, die wir heute noch gar nicht kennen.

Bei alledem wird es in den kommenden Jahren vor allem auch darauf ankommen, im Rahmen einer Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung aller berechtigten Belange das Notwendige vom Wünschenswerten zu unterscheiden. Wenn man einen bildlichen Vergleich bemühen möchte, könnte man sagen, dass wir seit einiger Zeit mit unserem Stadtschiff auf stürmischer See unterwegs sind. Wir haben die Aufgabe, trotz widriger Strömungen Kurs zu halten, die Fahrgeschwindigkeit, wenn nötig etwas zu reduzieren, und die täglichen Gefahren zu umschießen. Der Bürgermeister als Kapitän ist dabei sehr zuversichtlich, diese Herausforderungen mit einer von der Brücke bis zum Maschinenraum auf allen Decks motivierten Crew zu meistern.

Alles was wir heute prognostizieren und in den Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Stadt auch umsetzen können, bildet dieser Haushalt und bildet die mittelfristige Finanzplanung ab. Das Zahlenwerk, das in insgesamt vier Vorberatungen des Verwaltungsausschusses herangereift ist und als Ergebnis eines engagierten kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozesses die ihnen nun vorliegende Form gefunden hat, schafft unserer Überzeugung nach mit einer ganzen Reihe von kräftigen Entwicklungsimpulsen für unsere vier Stadtteile eine solide Basis und stimmt zuversichtlich, dass unser Gemeindeschiff hoffentlich recht bald wieder ruhigere Gewässer erreicht.

#### Schluss:

Zum Schluss möchten wir uns zunächst bei unserem „Ober-Financer“ Dominik Broll bedanken. Ein Kämmerer ist eine seltsame Personalunion von John Wayne, Mutter Teresa und R2-D2.

Welchem dieser drei Charaktere beziehungsweise Persönlichkeiten unser Stadtkämmerer am nächsten kommt, macht er stets von der Situation abhängig.

In diesen Dank an Sie, Herr Broll, schließen wir natürlich das ganze Team der Finanzverwaltung ausdrücklich mit ein, ebenso die weiteren Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die in den zurückliegenden Wochen mit den Mittelanmeldungen zu ihren jeweiligen Aufgabenfeldern maßgeblich dazu beigetragen haben, dass der Entwurf des Haushaltsplans Form und Gestalt annehmen konnte – und die mit dem Vollzug des Haushaltsplans letztendlich jeden Tag unsere Stadt am Laufen halten.

Zu guter Letzt gilt unser Dank den vielen ehrenamtlich engagierten Östringerinnen und Östringern, die durch Ihren Einsatz bei der Feuerwehr, den Rettungskräften sowie in allen anderen Vereinigungen einen großen Beitrag zu unserer Gemeinschaft leisten.

Felix Geider, Bürgermeister

Jürgen Lakatos, Sprecher CDU-Fraktion

Christian Huth, Sprecher SPD-Fraktion

Klemens Haag, Sprecher Fraktion Unabhängige Liste

Soeren Rabe, Sprecher Fraktion FDP / Freie Bürgerliste

Angelika Wagner, Sprecherin Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen